

# Bilder

aus der

## Berliner Statistik.

---

Vortrag

gehalten

in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin  
am 20. Januar 1904

von

Prof. Dr. **E. Hirschberg**,

Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin.

H. 200

[Jg. 25]

---

BERLIN 1904.

Verlag von Leonhard Simion Nf.

Bilder

von

# Berliner Statistik

Verlag

von

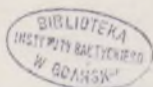
in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin

am 20. Januar 1904

von

Prof. Dr. E. Hirschberg

Verlag des Herausgebers, Berlin, Unter den Linden 10



Berlin 1904

Verlag des Herausgebers, Berlin, Unter den Linden 10

## Inhalt.

---

	Seite
I. Einleitung . . . . .	1
II. Geburten . . . . .	4
III. Eheschließungen . . . . .	7
IV. Sterblichkeit . . . . .	9
V. Zuzüge und Fortzüge . . . . .	17
VI. Wohnungen . . . . .	18
VII. Finanzen . . . . .	24

---



## I.

### Einleitung.

---

Wenn ich den Versuch mache, aus dem weiten Gebiete der Statistik einige lokal und sachlich begrenzte Teile vorzuführen, so geschieht das nicht ohne Bedenken. Die Darstellung statistischer Beobachtungen eignet sich nicht gut für populäre Vorträge, wenn sie allen wissenschaftlichen Anforderungen entsprechen soll, und insbesondere schwierig für den Vortrag vor einem Laien-Publikum würde die genauere Beschreibung der Entstehungsweise der Zahlen, der Ermittlungsmethoden, der Formulare, der Art der Rechnungen, kurz die Behandlung des Urmaterials sein.

Allerdings wird man auf dergleichen gern verzichten. Aber die Entstehungsgeschichte einer Zahl hängt so sehr mit der Frage ihrer wissenschaftlichen Korrektheit zusammen und gibt so sehr den Maßstab für die Beurteilung dessen, was der statistischen Beobachtung zu einer Zeit erreichbar ist, daß ich nur ungern auf ein näheres Eingehen verzichte. Eröffnet ein solches doch erst den Weg zur Kritik und zeigt die Grenzen, welche dem statistischen Können jeweilig an einem Orte gesteckt sind.

Was Berlin betrifft, so möchte ich nur kurz darauf hinweisen, daß hier wie überhaupt in Preußen, und wie in jedem Reiche, wo die Staatsaufsicht sich intensiver mit dem Einzelnen beschäftigt, die Vorbedingungen für zahlreiche statistische Untersuchungen in günstiger Weise vorhanden sind.

Von der Geburt bis zum Grabe begleitet den Berliner die statistische Aufzeichnung. Wird ein Kind geboren, so ist dies

binnen einer Woche dem Standesamt anzuzeigen. Nicht genug mit der Eintragung in die Register, ohne welche man überhaupt nicht als geboren anerkannt wird, wird ein Zählblatt ausgefüllt, welches das Alter, den Beruf der Eltern, das wie viele Kind u. a. m. nachweist. Nunmehr bemächtigt sich Polizei und Kirche des Neugeborenen: die Taufe wird attestiert, die Impfung, die Wiederimpfung, die Schulpflicht wird notirt, der Schulbesuch, die geistige und körperliche Reife für den Militärdienst. Naht der Tag der Eheschließung, so bemüht man sich durch standesamtliche Aufgebote der Statistik vorzuarbeiten, und schließlich geht mit der Eintragung in die Register die Ausfertigung einer Eheschließungs-Zählkarte einher, auf welcher wiederum Alter, Beruf, bisheriger Familienstand usw. beider Eheschließenden sorgfältig notiert wird. Jetzt ist ein Hausstand gegründet; die Anmeldezettel tun es der Polizei kund, welche von nun an in liebevoller Genauigkeit jeden Umzug feststellt, nicht nur der Haushaltung selber, sondern auch ihrer Insassen, der Dienstboten, der Chambregarnisten, der Schlafleute. Zuziehende von außerhalb wünscht das Polizei-Revier sogar persönlich kennen zu lernen, und man kann ihm — und auch dem Statistiker — keinen größeren Schmerz bereiten, als wenn man ohne Abmeldung fortzieht.

Gleichzeitig streckt die Steuerbehörde ihre Fühler aus. Sie veranstaltet alljährlich Personenstandsaufnahmen zu dem ausgesprochenen Zweck, Steuerzahler ausfindig zu machen. Sie ruht nicht eher, als bis sie die Einkommenquellen und das Einkommen zu Papier gebracht hat und läßt einen nicht eher los, als bis alles deklariert ist: die gewinnbringende Beschäftigung, die Schuldenzinsen, die Lebensversicherungspolice u. s. f. Dann bekommt man die Nummer seiner Steuerstufe, und weiß, wie viel man dem Staate wert ist. Ist man männlichen Geschlechts, so tritt das Wahlbureau in seine Tätigkeit; es legt Wählerkarten an, für jeden Erwachsenen eine Karte. Darauf steht außer der gezahlten Steuer die Staatsangehörigkeit, die Wohnung, das Alter, die Zu-

zugszeit. Auch ob man unbescholten oder bestraft ist, ob man in Konkurs oder entmündigt ist, wird sorgfältig notiert.

Nun glaube man nicht, daß man sonst etwas tun oder lassen könne, was der statistischen Registrierung entginge. Was nicht für den Einzelnen notiert wird, wird für den Haushalt vermerkt (z. B. das verbrauchte Gas) oder für das Haus (z. B. das Wasser) oder für die Pumpstation (z. B. die Abwässer). Die Lebensmittelpreise, die man gemeinhin zu zahlen hat, werden notiert, die Wohnungspreise erhoben. Der Erwerb von Grundeigentum wird umständlich eingetragen. Beim Grundbesitzwechsel ist für diejenigen, welche Hausbesitzer sind, eine Anzeigepflicht vorgesehen. Prozesse, die man führt, werden sorgfältig in die Prozeßregister eingetragen. Bei strafrechtlichen Verurteilungen tun sich eine Menge Register auf, um den Schuldigen zu fassen.

So begleitet die obrigkeitliche Fürsorge den Berliner auf allen seinen Wegen; befällt ihn gar eine ansteckende Krankheit, so liegt das Zählblatt schon bereit, und sucht ihn endlich der Tod all diesen Notizen, Registrierungen, Zählkarten zu entziehen, so wird selbst seine Leiche nicht eher in den Schoß der Erde versenkt, als bis in einem Totenscheine zum letzten Male der Name, das Alter, der Beruf, die Größe der Wohnung, die Zahl der Personen in der Wohnung, die Todesursache — bei kleinen Kindern auch die Ernährungsweise — notiert ist, und die Bevölkerung ist so sehr an derartige Anschreibungen gewöhnt, daß selbst auf dem Leichenstein noch in Stein gemeißelt meistens der Name, der Geburts- und Sterbetag, oft auch der Beruf und der Herkunftsort zu lesen steht, die letzte dauerhafte Zählkarte in Stein oder Erz, welche das statistische Erdenwallen des Verstorbenen abschließt.

Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Statistik gedeihen kann. Daß sie dennoch immer noch Lücken in den Notierungen findet, eröffnet einen Ausblick auf ungeahnte Fortschritte.

## II.

## Geburten.

Die Geburtenzahl in Berlin hat im Laufe der zehn Jahre 1893/1902 zwischen 52 300 (1901) und 48 900 (1895) geschwankt. Trotz der zunehmenden Bevölkerung gibt es jetzt Jahre, welche weniger Geburten aufweisen, als das Vorjahr. Die Geburtenziffer, d. h. die Geborenen auf 1000 Eirwohner verteilt, ist seit 1876 in Berlin in stetigem Rückgang (von 47,2 auf 26,8 pCt.) Auch im Vergleich mit den Ehefrauen ist das Maximum von 240 ehelich Geborenen auf 1000 Ehefrauen im Jahre 1876 auf 120, also die Hälfte bis zum Jahre 1902 zurückgegangen. Das Jahr 1903 zeigt eine weitere Abnahme (25,46 Promille, 49 100 Fälle). Die jetzt erreichten Sätze sind so niedrig in Berlin nur einmal — im Jahre 1772 — beobachtet worden, obwohl die Beobachtungszeit bis 1721 zurückgeht.

Auch im Deutschen Reiche zeigen die Geburtenziffern der letzten Jahre einen Rückgang auf 37 Promille der Bevölkerung gegen 42 bis 43 in den Jahren des Maximums (1875 und 1876). Aber derartige Abnahmen im Reiche sind auch früher schon beobachtet worden und bieten nichts beunruhigendes. Zieht man die Totgeburten (3,1 Promille) ab, so bleibt immer noch die recht hohe Ziffer von etwa 34 Prom., gegen 28 $\frac{1}{2}$  in England und 22 in Frankreich. Was Berlin betrifft, so muß die Zahl von 27 auf 1000 schon an und für sich gering erscheinen. Ohne Totgeburten waren es 1902 nur 25,8 Promille gegen z. B. 29 Promille in London (1900). Aber auch hier ist eine kontinuierliche Abnahme vorhanden. In den Jahrzehnten 1861/70 und 1870/80 war die Londoner Geburtenziffer 35,4, 1881/90 33,2, 1891/1900 30,3. In Paris war die Geburtenziffer 1891 noch 24,3, 1901 nur noch 21,3 und auch in Wien ist die Geburtenziffer im Rückgang. Es scheint sich also um eine Krankheit der größten Städte zu handeln. Über die Gründe dieses Rückgangs kann die Statistik nicht Auskunft



geben. Sie liegen mehr auf medizinischem und sittlichem Gebiete. Jedenfalls verdienen sie die ernsteste Beobachtung. Denn eine hohe Geburtenziffer gewährleistet den Bestand des Volkes, und, wenn auch für die Geburtenziffer des Deutschen Reiches diejenige von Berlin nicht sonderlich ins Gewicht fällt, so kann sie doch als Symptom einer absteigenden Bewegung in Frage kommen.

Man hat bei den Geburten die ehelichen und die unehelichen zu unterscheiden. Zieht man die Fruchtbarkeit in Betracht, so haben sehr eingehende Untersuchungen Böckhs für die Jahre 1886/1900 ergeben, daß auf eine Ehe in Berlin 2,94 Kinder entfielen. Da aber 27 pCt. der Ehen kinderlos blieben, so kamen auf die mit Kindern gesegnete Ehe durchschnittlich deren 4.

Die Zahl der unehelichen Geburten belief sich im Jahre 1892 auf 15,2 Proz. aller Geburten. Der Anteil ist in den letzten Jahren gestiegen gegen etwa 13 Proz. zu Anfang der 90er Jahre (in Paris war er zuletzt doppelt so hoch, in Wien ist etwa ein Drittel der Geburten unehelich). Doch unterliegen diese Verhältnisse einem Wechsel je nach der beruflichen Zusammensetzung der Bevölkerung, der wirtschaftlichen Lage und Möglichkeit einer Eheschließung. Auch sittliche Zustände wirken mit.

In dieser Beziehung ist auch von Interesse, daß in Berlin gelegentlich die Frage untersucht wurde, wie viel Kinder nicht außerehelich geboren, sondern außerehelich konzipiert werden. Ein ehelich geborenes Kind kann so bald nach erfolgter Eheschließung geboren sein, daß die voreheliche Konzeption erkennbar wird. Die statistischen Untersuchungen dieser Verhältnisse wurden dadurch möglich, daß in zwei Standesämtern bei der Ausfüllung der Zählkarten der Geborenen der Eheschließungstag mit angegeben war. Es ergab sich, daß mehr als 10 Proz. aller ehelichen Kinder, aber mehr als 40 Proz. aller erstgeborenen ehelichen Kinder vorehelich konzipiert sind. Bei 29 Proz. der eben geschlossenen Ehen hatte die Hoffnung auf Nachkommenschaft bereits tatsächliche Unterlagen. Trotz der Abnahme der ehelichen

Zeugungen findet doch eine gewisse Überstürzung statt, welche auf den ersten Blick etwas auffallendes hat, indessen auch anderen nicht Berliner Beobachtungen entspricht (Dresden, Kopenhagen, Wien).

Geht man nach der Konzeptions- und nicht nach der Geburtszeit, so würde man den im Jahre 1902 aufserhehlich geborenen 7800 Kindern mindestens noch 4300 aufserhehlich konzipierte hinzurechnen müssen und damit auf mehr als 12 000 derartige Kinder kommen, fast den vierten Teil aller Geburten.

Derartige Zustände werden nicht allein vom idealen Standpunkte der Sittlichkeit, sondern vom realen Boden der Tatsachen zu betrachten und zu erklären sein. Der Umstand, daß Rechte der Ehe schon vor der standesamtlichen Beurkundung ausgeübt werden, hat in den minder bemittelten Volksklassen nicht das Auffallende wie in den höheren. Die Eheschließung auf dem Standesamt ist eine Form, welche in den Augen weiter Volkskreise hinter dem Verlöbniß an Wichtigkeit zurücksteht. Dazu kommt, daß in vielen Fällen die Schließung der Ehe erfolgt, eben weil ein Kind zu erwarten steht, und man wird zugestehen müssen, daß das ein für die Sittlichkeit sprechendes Moment ist. Das Eheversprechen wird der Eheschließung bereits gleich erachtet.

Geht man auf die Jahreszeit der Geburten ein, so muß man wieder die ehelichen von den unehelichen trennen. Es zeigt sich nämlich, daß (Jahrzehnt 1891/1900) bei den ehelichen Geburten das Maximum in die Monate Januar und Februar, bei den unehelichen in die Monate Februar bis April fiel, wogegen die Monate Oktober, November bez. Juli und Oktober die Minima darstellten. Als Konzeptionsmonate kommen also Mai, Juni, Juli, der Beginn des Sommers, vorwiegend in Betracht, bei den unehelichen mehr der Sommer als der Frühling. Nun zeigt die Zahl der Eheschließungen zwei Kulminationspunkte: im April und im Oktober. Auf diese beiden Monate entfällt mehr als ein Drittel

der Eheschließungen. Aber es ist auffallend, daß, während der Oktober den April nicht unwesentlich überragt, der April als Konzeptionsmonat weit mehr in Betracht kommt, als der Oktober, indem der Januar eine Geburtenziffer von etwa  $27\frac{1}{2}$ , der Juli nur von  $26\frac{1}{2}$  auf 1000 Einwohner aufwies. Offenbar ist die Jahreszeit, in welcher sich die Natur verjüngt, auch für die Verjüngung des Menschengeschlechts prädestiniert.

Ich sehe nun davon ab, auf die Fülle der Einzelheiten einzugehen, welche die Berliner Statistik hinsichtlich der Geburten liefert. Das Alter der Eltern, das wievielte Kind der Mutter, die Mehrgeburten, der Beruf, die Konfession der Eltern, das Geschlechtsverhältnis der Geborenen sind alles Gegenstände von hoher Bedeutung, würden aber hier zu weit führen. Nur hinsichtlich der wichtigen und vielerörterten Frage nach dem Geschlechtsverhältnis der Geborenen sei gesagt, daß es auch der eingehenden Berliner Statistik nicht gelungen ist, den Schleier zu lüften. Auch für Berlin ist nur wie allgemein der Knabenüberschuß bei den Geburten bekannt: bei 100 Knaben nur 94 Mädchen, aber es ist kein Gesetz zu entdecken gewesen, weder aus dem Alter der Eltern noch aus ihrer Altersdifferenz oder sonst, welches einen Fingerzeig böte.

Was den Beruf betrifft, so ist, weil für die Berliner Verhältnisse typisch, zu bemerken, daß von den 7800 unehelichen Geburten des Jahres 1902 über ein Drittel auf Dienstmädchen entfiel. Aber diese hohe Zahl bei den unehelichen Geburten verliert an Bedeutung, wenn man sich überhaupt die Dienste vergegenwärtigt, welche die Dienstmädchen der Fortpflanzung der Berliner Bevölkerung im allgemeinen leisten.

### III.

## Eheschließungen.

Dies führt uns zu den Eheschließungen und wir registrieren die Tatsache, daß mehr als der vierte bis fünfte Teil aller ehe-

schließenden Frauen dem dienenden Stande angehört, wenn man davon absieht, daß der dritte Teil überhaupt keinen Beruf ausübte oder zur Zeit der Eheschließung nicht mehr ausübte.

Die Eheschließungsziffer selbst bewegte sich in den letzten zehn Jahren zwischen 20 und  $22\frac{1}{3}$  auf 1000 Einwohner. Vergleicht man mit den heiratsfähigen ledigen Männern über 20 und den heiratsfähigen ledigen Mädchen über 15 Jahre, so heirateten von 1000 Männern 85 bis 93, und zwar fällt die Höchstzahl von 93 auf das Jahr 1897. Seitdem ist ein ständiger Rückgang bis auf 85 zu verzeichnen. Von den Mädchen heirateten  $48\frac{1}{2}$  bis  $53\frac{1}{2}$ . Auch hier ist das Jahr 1902 am niedrigsten, während das Maximum auf das Jahr 1900 fiel. Die Eheschließungsziffern, insbesondere der Männer, sind ein Ausdruck der wirtschaftlichen Lage. Aber auch Kriegsjahre zeigen ihren Einfluss.

Dem Alter nach pflegen 25 bis 30 Proz. der heiratenden Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren in die Ehe zu treten, über 40 Proz. von 25 bis 30 Jahren und 15 bis 16 Proz. im Alter von 30 bis 35 Jahren. Bei den Mädchen fallen auf das Alter von 20 bis 25 Jahren bereits etwa 45 Proz., auf das Jahrfünft 25 bis 30 Jahre etwa 28 Proz. und auf 30 bis 35 Jahre nur noch 11 Proz. Also es fallen auf das Alter zwischen dem 20. bis 35. Jahre bei den Männern wie bei den Frauen etwa 84 Proz. aber in ungleicher Verteilung nach den drei fünfjährigen Altersperioden.

Ich übergehe die vielen Einzelheiten, hinsichtlich der Eheschließungen von Verwandten, von Witwern und Witwen, des gegenseitigen Alters der Eheschließenden usw. Aber es ist in diesem Zusammenhange der Ehedauertafeln zu gedenken, welche mein Amtsvorgänger Böckh mit vieler Kunst berechnet hat. Die letzten Berechnungen (für die Jahre 1895/1896) ergaben, daß eine eben geschlossene Ehe noch gerade die Chance hat die silberne Hochzeit zu erreichen. Ist diese erreicht, so kann man noch auf  $12\frac{1}{2}$  Jahre rechnen. Ein Ehepaar, welches auf eine fünfzigjährige Ehe zurückblickt, wird noch etwas mehr als 4 Jahre zusammen

bleiben dürfen, bei sechzigjähriger Ehe noch etwas über 2 Jahre. Von 1000 Ehen überdauert noch nicht die Hälfte die silberne Hochzeit, der dritte Teil das 32., der zehnte Teil das 45., 3,4 Proz. das 50. Jahr.

Es gibt bekanntlich zwei Gründe um einer Ehe ein Ziel zu setzen, Tod oder Scheidung oder eigentlich drei: Tod des Mannes, Tod der Frau und Scheidung.

Glücklicher Weise für die Festigkeit der Ehe, aber unglücklicher Weise für das Leben der Beteiligten tritt die Eheschließung durch Scheidung hinter der durch Tod weit zurück. In dem Jahrzehnt 1890/99 wurden 81668 Berliner Ehen durch den Tod und nur 11924 durch Scheidung gelöst.

Von den vorgebrachten Gründen der Scheidung entfielen 42 Proz. auf gegenseitige Einwilligung, 25 Proz. auf Ehebruch, wobei der Mann etwas stärker vertreten ist, als die Frau; dann folgt mit 13 Proz. die bössliche Verlassung.

Bei den Ehelösungen durch den Tod ist meist der Mann, der Ernährer, das Opfer, in 62 pCt. aller Fälle. Und zwar liegt dies nicht etwa daran, daß das Leben der Männer in der Ehe besonders gefährdet ist. Im Gegenteil die Sterblichkeit der Ehemänner ist geringer, als die der Junggesellen, während die verheirateten Frauen nur im Alter von 40 bis 60 Jahren eine bessere Sterblichkeit haben, als die unverheirateten. Die stärkere Beteiligung der Ehemänner an der Lösung der Ehen durch den Tod liegt vielmehr überhaupt an der ungünstigeren Sterblichkeit des männlichen Geschlechts gegenüber dem weiblichen, welche den Knabenüberschuß bei den Geburten mehr als einholt.

#### IV.

### Sterblichkeit.

Im Laufe der Jahrzehnte 1881 bis 1900 war die Sterblichkeit des männlichen Geschlechts 27,4 gegenüber der des weiblichen von 23,6 auf 1000 Einwohner, stand also um mehr als 16 Proz. höher

als diese und zwar unter Zugrundelegung korrekt gerechneter Zahlen.

Während für jedes lebend geborene männliche Kind in den 10 Jahren 1891/1900 nur auf eine Lebensdauer von 35 bis 40 Jahren zu rechnen war, konnte man beim weiblichen Geschlecht auf 39 bis 47 Jahre rechnen. Und während nach der letzt berechneten Berliner Sterbetafel (für das Jahr 1900) von 1000 Geborenen (einschl. der Todtgeborenen) männlichen Geschlechts nach einem Jahre nur 714 am Leben sind, überleben beim weiblichen Geschlecht noch 754. Nach 20 Jahren sind beim männlichen Geschlecht noch 604 übrig, beim weiblichen noch 644, nach 50 Jahren noch 435 bez. 519, nach 70 Jahren nur noch 184 Männer, aber 306 Frauen.

Anscheinend hat die Natur selbst dafür gesorgt, daß durch eine größere Sterblichkeit des männlichen Geschlechts die größere Geburtenziffer desselben wieder ausgeglichen wird, und daß die größere Zahl, in welcher Knaben geboren werden, nicht zu einem zu großen Ueberwiegen der Männer führt. Der Mensch tut dann das Seinige, um diese Absicht der Natur zu übertrumpfen. Nicht nur, daß der Mann im Kampfe ums Dasein die führende und darum allen Fährlichkeiten meist ausgesetzte Rolle spielt; er weiß auch durch Kriege ein Mittel, das männliche Geschlecht in einer Weise zu vermindern wie es gewiß nicht in der Absicht der Natur lag.

Wie dem auch sei, die Sterblichkeit des männlichen Geschlechts ist eine höhere, als die des weiblichen, und dieser Umstand macht sich im Erwerbsleben mehr fühlbar, als gemeinhin angenommen wird. In der Armenfürsorge, in der Waisenverwaltung sind die Wirkungen dieses Umstandes am ehesten zu spüren. Bei der letzten Volkszählung wurden in Berlin 95 245 Witwen gezählt, aber nur 18 165 Witwer d. i. 10 bez. 2 Proz. der Bevölkerung jedes Geschlechts, und aus Untersuchungen in der Charlottenburger Statistik früherer Jahre ist mir bekannt, daß fast  $\frac{1}{5}$  der Witwen Armenunterstützung empfangen. Gegen 6000 beträgt der jährliche

Zuwachs der in Berlin Witwe gewordenen Frauen, 3500 nur der Witwer gewordenen. Übrigens kommt dabei auch die gröfsere Zuwanderung von Witwen in Betracht. Bei ihnen betrug der Jahresüberschufs jährlich etwa 700, bei den verwitweten Männern nur 500.

Gehen wir auf die Sterblichkeit nach dem Alter ein, so springt die auferordentliche Gefährdung der kleinen Kinder in die Augen. In dem Jahrzehnt 1891/1900 starben von 1000 Kindern (einschliesslich der Todtgeborenen) 214 bis 319 noch vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Im zweiten Lebensjahre geht die Sterblichkeit auf 52 bis 81 Promille zurück, also auf nur etwa den vierten Teil des ersten Lebensjahres, im dritten Jahre auf 17 bis 35 Promille u. s. f., bis das Minimum mit nur etwa 2 bis  $3\frac{1}{2}$  Promille im fünfzehnten Lebensjahre erreicht ist. Dann nimmt die Sterblichkeit allmühlich wieder zu, bis sie im 50. Lebensjahre etwa dem dritten Lebensjahre und im 85. bis 90. dem ersten wieder nahe kommt.

Bei solcher Verschiedenheit der Sterblichkeit versteht es sich von selbst, dafs die Durchschnittszahl der Sterbefälle auf 1000 Einwohner die wirklichen Verhältnisse nur in sehr unvollkommener Weise zum Ausdruck bringt. Das ist namentlich zu beachten, wenn man diese Durchschnittszahlen für verschiedene Städte in Vergleich setzt, unerachtet die Bevölkerungszusammensetzung nach Alter und Geschlecht in denselben von einander ganz abweichen kann. Zieht man noch in Betracht, dafs die Einwohnerzahlen, auf welche man die Sterbefälle berechnet, auferhalb der Volkszählungszeiten nur in wenigen Städten bekannt sind, so wird man die Ungenauigkeit ermessen, welche den so vielfach publizierten vergleichenden Sterbeziffern innewohnt.

Gleichwohl wird man die einfache Reduktion der Sterbefälle auf die Einwohnerzahl als Notbehelf hinnehmen müssen. Was Berlin betrifft, so findet eine doppelte Berechnung statt, eine korrekte Berechnung unter Berücksichtigung der Altersunterschiede nach

jeder Volkszählung, also alle fünf Jahre, und eine einfache Vergleichung mit der jeweils berechneten Bevölkerung allwöchentlich. Da die letzte Volkszählung Ende 1900 stattfand, reicht auch die korekte Rechnung nur bis 1900, die einfache bis zur Gegenwart. Die letztere ergibt, daß wir im Jahre 1902 zu einer bisher noch nicht beobachteten günstigen Sterblichkeitsziffer gekommen sind. Sie betrug 17,11 auf 1000 Einwohner bez. ohne Todtgeburten nur 16,15. Das Jahr 1903 war nur wenig ungünstiger (17,38 Promille — 33 628 Fälle). Schon in dem Jahrzehnt 1891 bis 1900 war die Sterblichkeit mit 20,29 sehr günstig, aber das Jahr 1901 mit 18,99 und 1902 mit 17,11 übertreffen sie noch bei weitem. Trotz der Zunahme der Bevölkerung kamen über 3000 Sterbefälle weniger vor als im Vorjahr (32 569 gegen 35 902), und fast 5000 weniger als zwei Jahre vorher. Das Jahrzehnt 1881/90 zeigte im Durchschnitt eine Sterbeziffer von 25,84 also mehr als 5½ Promille höher als das folgende, und die Periode 1871/80 (32,70) stand also um 12½ Promille höher als das letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts.

Hätten wir im Jahre 1902 die durchschnittliche Sterblichkeit des Jahrzehnts 1871/80 gehabt, so wären statt 32 600 mehr als 62 000 Personen gestorben. Also 30 000 Menschen wären im Jahre 1902 in Berlin mehr gestorben, wenn wir noch die Sterblichkeit des 7. Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts gehabt hätten. Allerdings standen das siebente und auch das sechste Jahrzehnt (31,89) höher als die früheren, das fünfte (26,92) und das vierte Jahrzehnt (27,16), auch etwas höher als das dritte (31,69). Aber wenn wir für das Jahr 1902 auch nur den Maßstab des letzten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts zu Grunde lagen, so waren in diesem Jahre immer noch 4000 weniger gestorben, als zu vermuten gewesen wäre. Andererseits zeigte das vorvorige Jahrhundert in der Zeit von 1756 bis 1765, also zur Zeit des siebenjährigen Krieges, welche Sterblichkeit möglich war. Damals starben von 1000 Einwohnern in Berlin 43.



Naturgemäß fragt man nach den Gründen dieses auffallenden Rückganges der Sterblichkeit.

Vorweg ist zu bemerken, daß wir uns nicht in Sicherheit sollen wiegen lassen, daß die ewigen Gesetze, welche dem Menschenleben ein Ziel setzen, unerschütterlich, aber in allen Einzelheiten auch unergründlich sind. So wenig es dem Menschengenosse erfasslich sein wird, warum anscheinend planlos hier ein Mensch in der Blüte seiner Jahre ein vorzeitiges Ende findet, dort ein anderer erst als gebrechlicher Greis der Natur ihren Tribut zollt, so wenig wir verstehen, warum vom Ende der siebenziger bis Ende der neunziger Jahre die Lebensdauer eines Knaben von 30 auf 40, die eines Mädchens von 35 auf 45 Jahre gestiegen ist, so wenig werden wir die Ursachen der Mehr- oder Mindersterblichkeit bis in ihre tiefsten Tiefen erforschen können.

Dabei ist auch zu beachten, daß der Rückgang der Sterblichkeit nicht in Berlin allein zu konstatieren gewesen ist. In den deutschen Großstädten, auch im Auslande — mir liegen gerade die Londoner Zahlen vor (1901: 17,1 Promille gegen etwa 20 zu Anfang der neunziger Jahre und 22,5, 24,4 in früheren Jahrzehnten) — sind ähnliche Erscheinungen zu beobachten gewesen, anscheinend auch in Paris, Wien, Stockholm. Im Deutschen Reich war die Sterblichkeit im Jahre 1901: 21,8, 1900: 23,2 Promille, im Jahrzehnt 1891/1900: 23,5, 1881/90: 26,5, 1871/80: 28,8.

Will man den Verhältnissen näher kommen, so muß man bei der Verschiedenheit der Sterblichkeit der Altersklassen untersuchen, ob der beobachtete Rückgang diese allgemein trifft.

Nun war schon auf die kolossale Kindersterblichkeit hingewiesen worden, ebenfalls keine Berlin eigentümliche, anderwärts vielmehr erst recht beobachtete Erscheinung. Von den 30 700 Sterbefällen des Jahres 1902 kamen gegen 9000 auf Kinder unter einem Jahr, nur 7000 auf Personen über 60 Jahre; und wenn wir nun sehen, daß im Jahre vorher 11 300 Kinder, also 2300 mehr, aber fast ebenso viel alte Leute gestorben sind, so sehen wir ohne

weiteres — freilich nur für dieses Jahr — wo der Rückgang der Sterblichkeit zu suchen ist.

An Kindern bis zum 5. Lebensjahre starben 1902: 11 728, 1901: 14 844, 1900: 15 499.

Wir gehen nun einen Schritt weiter und fragen, an welchen Krankheiten gingen diese Kinder vorzugsweise zu Grunde?

Da finden wir denn für das erste Lebensjahr die Krankheiten des Verdauungsapparats, sowie die hiermit in Zusammenhang stehenden Krämpfe, für das zweite bis fünfte Lebensjahr die Krankheiten der Atmungsorgane weit überwiegend. Es starben an Krankheiten der Verdauung (mit Krämpfen):

Jahr	Kinder unter einem Jahr	von 1/5 Jahren	von 0,5 Jahren
1900	5443	437	5880
1901	5543	395	5938
1902	3092	239	3331
an Krankheiten der Atmungsorgane			
1900	1373	1062	2435
1901	1345	1049	2394
1902	1403	927	2330
überhaupt Kinder			
1900	11 762	3737	15 499
1901	11 327	3517	14 844
1902	8 927	2801	11 728

Wir sehen also, daß bei den kleinen Kindern allein die Verdauungskrankheiten im Jahre 1902 etwa 2600 Sterbefälle weniger aufwiesen als im Jahre 1901, dabei sind die ehelichen und unehelichen Kinder gleich günstig beeinflusst.

Nun ist die Verdauung der Kinder in dem einen Jahre nicht anders gewesen als in dem andern und die Milch, das eigentliche Kindernährmittel, hat ebenfalls im Laufe eines Jahres keine solche Verbesserung erfahren. Es müssen also andere Gründe wirksam gewesen sein.

In der Tat sind diese Gründe auch statistisch faßbar; sie liegen in der Temperatur, deren Einwirkung auf die Milch einerseits, auf den kindlichen Organismus andererseits längst bekannt ist.

Die höchste Wochentemperatur des Jahres 1902 fiel in die Zeit vom 1. bis 7. Juni mit  $20,2^{\circ}$  Celsius; in dieser Woche starben die meisten Kinder unter einem Jahr, 303, wobei die Vorwoche bei  $17,8^{\circ}$  nur 208, die nächste Woche bei nur  $14,9^{\circ}$  nur 147 Sterbefälle aufwies.

Dann kommt eine Reihe von Wochen mit mäßigen Temperaturen und mäßiger Kindersterblichkeit, bis die Woche vom 31. August bis 6. September bei  $19,2^{\circ}$  wieder ein Maximum in der Temperatur und mit 258 Sterbefällen wieder ein Maximum in der Kindersterblichkeit erreicht.

Hier finden wir den Schlüssel für die Kindersterblichkeit. Das Jahr 1901 wies vier Wochen lang eine Durchschnittstemperatur von über  $21^{\circ}$  auf und mehrere aufeinander folgende heiße Wochen steigerten die Sterblichkeit der kleinen Kinder bis auf 535 (vom 11. bis 17. August). Natürlich ist es nicht die Temperatur allein, sondern auch die Schwankung, welche sie durchmacht, die auf den Organismus, jedenfalls aber auf die Milch schädigend wirkt.

Nun steht das Jahr 1902 mit einer Durchschnittswärme von  $8^{\circ}$  um einen vollen Grad niedriger als das Vorjahr und am niedrigsten seit 1888, einem Jahre, welches eine nach damaligen Verhältnissen ebenfalls ungewöhnlich günstige Sterblichkeit aufwies.

Ich möchte an dieser Stelle noch einiges über die Sterblichkeit des vor wenigen Wochen verflossenen Jahres 1903 nachtragen. Ich erwähnte, daß dieses Jahr, wenn es auch 1100 Sterbefälle mehr aufwies, fast so günstig wie 1902 genannt werden muß. Die durchschnittliche Temperatur dieses Jahres war aber eine recht hohe ( $9,6^{\circ}$  C.). Es starben denn auch fast 800 Kinder an Verdauungskrankheiten mehr als im Jahre 1902 (3200 gegen

2400 — ungerechnet Krämpfe), und die hohe Sommertemperatur von Mai bis September erforderte an diesen Krankheiten 2148 Opfer unter den Säuglingen, 700 mehr als im Jahre vorher.

Die Berliner Statistik ist dann in der Untersuchung dieser Verhältnisse noch viel weiter gegangen, indem sie die Art der Ernährung der kleinen Kinder bei den Sterbefällen ermittelte, ja sogar bei Volkszählungen feststellte. Dabei ergab sich denn die weitaus grössere Sterblichkeit der mit Tiermilch ernährten Kinder gegenüber den mit Brustmilch ernährten, insbesondere was die Gefährdung durch Verdauungskrankheiten und in den Sommermonaten betrifft. Nach Äußerungen von sachverständigen Ärzten (vgl. z. B. den Vortrag von Prof. Fränkel in Halle — Technisch. Gemeindeblatt vom 20. April 1903) sterben die kleinen Kinder im Sommer an einem infantilen Hitzschlag, einer akuten Störung im Wärmehaushalt des Organismus. Es muß demnach einen Unterschied machen, ob ein Sommer wie 1902 von Mai bis September eine Temperatur von nur  $14,7^{\circ}$  C. oder wie 1901 eine solche von  $17^{\circ}$  aufweist.

Wir sehen somit einen sehr großen Teil der günstigen Sterblichkeit des Jahres 1902 in der niedrigen Temperatur dieses Jahres begründet. Einen weiteren Anteil aber hat der Rückgang der Masern (1900 bis 1902: 514, 442, 373), des Scharlach (502, 408, 228), der Diphtherie (534, 469, 205), der Influenza (609, 359, 193), der Lungenschwindsucht (4346, 4139, 3893). Endlich aber muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß der starke Rückgang der Geburtenziffer eben wegen der großen Sterblichkeit der Neugeborenen an und für sich einen Rückgang der Mortalität zur Folge haben muß. Ferner unterliegt es keinem Zweifel, daß die Verbesserung unserer hygienischen Einrichtungen, obenan die Kanalisation und das Trinkwasser, die Armen- und Kassenärzte, weiterhin das Abreißen alter oft verseuchter Häuser, endlich die größere Reinlichkeit das Ihrige zu einer Verbesserung der Sterblichkeit beitragen. Denn wenn auch — wie bemerkt — das

Sterben ebenso wie das Werden zu den unabänderlichen Gesetzen der Natur gehört, so wäre doch nichts verkehrter, als hier einen fatalistischen Standpunkt einzunehmen und das *laissez faire, laissez passer* gelten zu lassen. Auch die Natur läßt sich manches abringen, und selbst die Gesetze der Sterblichkeit zeigen trotz ihrer ewigen Geltung manche Lücke, und mit Faust kann man sagen: „Gemeindrang eilt die Lücke zu verschließen“.

## V.

## Zuzüge und Fortzüge.

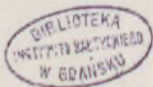
Wir haben bisher nur diejenige Seite der Berliner Bevölkerungsstatistik ins Auge gefaßt, welche die natürliche Entwicklung der Einwohner nach Geburt, Eheschließung, Sterblichkeit umfaßt, werden aber nun zu der äußeren Betätigung der Einwohner geführt, wie sie sich im sozialen und wirtschaftlichen Leben gewaltig äußert.

Hier steht an erster Stelle die örtliche Bewegung der Bevölkerung und die Befriedigung des Wohnbedürfnisses, und diese Verhältnisse wiederum sind für Berlin nur zu betrachten innerhalb des Rahmens von Groß-Berlin.

Die Fläche, welche die Stadt Berlin bedeckt, ist verhältnismäßig gering. Sie fällt etwa in einen Kreis mit dem Radius von 5 km und beträgt wenig über 6300 ha. Viele andere an Einwohnerzahl weit geringere Städte sind größer, so Cöln (11100 ha), Frankfurt a. M. (9400), München (8700), Straßburg (7800). Mit den nächst benachbarten 23 Vororten wird ein Areal von etwa 22 000 ha bedeckt, der doppelten Größe von Cöln.

Auf eine verhältnismäßig geringe Bodenfläche ist eine Bevölkerung von bald 2 Millionen zusammengedrängt, und ein Drittel dieser Zahl lebte außerdem in den unmittelbar benachbarten Vororten.

Gelegentlich der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 wurde festgestellt, wie die Berufsausübung in Berlin und den Vororten mit dem Wohnen zusammenhängt und man fand z. B., daß zu jener Zeit von den in Charlottenburg Wohnenden 13 500 in Berlin



ihren Beruf ausübten, umgekehrt von den Berlinern 5600 in Charlottenburg. Aus Schöneberg kamen zur Arbeit 11 600, während 1400 dorthin gingen; aus Rixdorf 12,300, dorthin 1100 u. s. f. Man bedenke, daß diese Massen täglich, ja mehrmals täglich sich von dem Wohnort nach dem Beschäftigungsort und zurück begeben, und man erhält eine Vorstellung, was diese Bewegung allein für den Verkehr, den Handel, das Gesellschaftsleben, ja auch für die Gesundheit bedeutet.

Eine kleine Völkerwanderung ergibt sich, wenn man den Zu- und den Fortzug nach und von Berlin ins Auge faßt. Freilich, was bei einem großen Gemeindegebiet lediglich als Umzug erscheint, tritt bei der kleinen Berliner Stadtfläche den Vororten gegenüber, sowie bei diesen untereinander als Zuzug und Fortzug in die Erscheinung. Im Jahre 1902 kamen 239 000 Personen von außerhalb nach Berlin, 211 000 gingen von Berlin nach außerhalb. Aber läßt man auch die Vororte außer Betracht, so bleiben immer noch 178 000 Zuzüge und 145 000 Fortzüge übrig. Weitaus den größten Anteil an dieser gewaltigen Bewegung nimmt die handarbeitende Bevölkerung, beim weiblichen Geschlecht insbesondere die Dienstmädchen. 33 000 Dienstmädchen gehen von außerhalb nach Berlin, 28 000 von Berlin nach außerhalb, davon kommen 13 000 bis 15 000 auf den Austausch mit den Vororten, wobei zu beachten ist, daß infolge des Hinausziehens der wohlhabenderen Einwohner in die Umgebung die Dienstbotenhaltung in Berlin abnimmt.

## VI.

### Wohnungen.

Dieser große Anteil der Dienstmädchen ist nicht nur in beruflicher und sozialer Hinsicht von Bedeutung — in letzterer Beziehung erinnere ich an die Eheschließungen —, sondern auch im Hinblick auf die Wohnungsfrage. Für diesen erheblichen Teil der Zuziehenden ist die Frage des Unterkommens nämlich durch

Annahme einer Dienststelle bald gelöst. Was die übrigen betrifft, so wird man unterscheiden müssen, ob sie eine Wohnung beanspruchen, ein möbliertes Zimmer oder eine Schlafstelle. Leider ist die Statistik in Hinsicht der Zahl der zuziehenden Familien noch nicht auf der Höhe. Ich sehe daher von Berechnungen ab, und kann es um so eher, als die Volkszählungen über die Art des Wohnens der Berliner und auch der Vorortbevölkerung eine erschöpfende Auskunft geben.

Von der bei der letzten Volkszählung ermittelten Bevölkerung wohnten nicht weniger als 99 000 Personen in Schlafstelle, hatten also eigentlich nur Anspruch auf nächtliche Unterkunft, 56 000 wohnten in möblierten Zimmern, 44 000 waren im Haushalt in irgend einer Stellung tätig, einschließlic der im Haushalt wohnenden (20 000) Gewerbegehilfen, aber ohne die 73 000 Dienstboten; 58 000 Menschen befanden sich in Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt. Im ganzen gehörten also 330 000 Menschen nicht als Familienglieder zu den Haushaltungen, zum Teil in abhängiger Stellung als Angestellte derselben, zum Teil als Einmieter. Die übrigen 1 560 000 Personen waren Familienmitglieder der Haushaltungen, davon 800 000 Ehegatten oder einzelne.

Wenn hiernach 83 Proz. der Bevölkerung ihrer Wohngemeinschaft nach in unmittelbarer Beziehung zu ihrer Familie stehen, so ist das gewiß eine günstige Ziffer. Wenn aber von den verbleibenden 17 Proz. mehr als 5 nur in Schlafstellen untergebracht sind, so muß diese Zahl als ungünstig bezeichnet werden.

Noch weniger erfreulich zeigen sich die Wohnverhältnisse, wenn man die Dichtigkeit des Wohnens betrachtet.

Es ist bekannt, daß Berlin in der Zusammendrängung der Einwohner in Mietkasernen wohl von keiner deutschen Stadt übertroffen wird. Wir sind jetzt auf etwa 77 Bewohner pro Grundstück angelangt, gegen 57 zu Anfang der siebenziger Jahre. In einem Teil der östlichsten Luisenstadt beträgt der Durchschnitt sogar 120.

Die Zahl der Wohnungen belief sich bei der letzten Volkszählung auf etwa 470 000, und es kamen gegen 4 Personen durchschnittlich auf eine Wohnung. Das erscheint an und für sich nicht hoch. Wenn man aber hört, daß auf eine Wohnung noch nicht 3 Wohnräume (heizbare und nicht heizbare) entfallen, so ist man schon etwas weniger befriedigt. Jede Wohnung kostet im Durchschnitt 576, jeder Wohnraum 193 Mk. und für jeden Bewohner ist im Durchschnitt eine Jahresmiete von 148 Mk. zu zahlen. Aber diese Durchschnitte beweisen nichts.

Bei der Wohnungsfrage kommt es weniger darauf an, wie sich die durchschnittlichen Verhältnisse stellen, als wie groß der Teil der Bevölkerung ist, welcher unter ungünstigen Wohnverhältnissen leidet, und worin die Unzuträglichkeiten bestehen.

Allerdings ist es schon an und für sich bezeichnend, daß 44 Proz. aller Einwohner in Wohnungen von nur einem heizbaren Zimmer leben, und daß es Stadtteile gibt, wo sich dieser Anteil sogar auf 70 Proz. beläuft. Aber ein Bild der Berliner Wohnungsfrage erhält man doch erst durch die Zahlen der überfüllten Wohnungen.

Aus der Wohnungsaufnahme vom Ende 1900 wissen wir z. B., daß 4086 Wohnungen nur aus einer Küche bestanden, ohne heizbare oder unheizbare Zimmer daneben. 250 von diesen Küchen waren mit je 4, 122 mit je 5, 56 mit je 6, 22 mit je 7, 4 mit je 9 und je eine mit 11 und 12 Einwohnern bewohnt. Weitere 3317 Wohnungen hatten nur unheizbare Räume und zählten bis zu 14 Bewohnern. Von den rund 203 000 Wohnungen mit einem heizbaren aber ohne unheizbare Zimmer hatten 170 182 noch eine Küche. Nehmen wir die zulässige Besetzung dieser Wohnungen auf 6 Personen an, so hatten noch gegen 9000 Wohnungen 7 und mehr Bewohner, 3500 8 und mehr, an 100 mehr als 10 Bewohner.

Das Bedenkliche liegt eben so sehr in der Überfüllung einer Wohnung, als in der Zusammensetzung der überfüllten Haushaltungen. In Wohnungen von nur einem Wohnraum, d. h. in



einem heizbaren oder in einem unheizbaren Zimmer oder in einer Küche, wurden 67 600 Personen ermittelt. Von diesen teilten 6300 diesen Raum noch mit Schlafleuten und Einmietern. In 570 derartigen Wohnungen befanden sich aufser dem Hausherrn und der Hausfrau — meist handelte es sich nur um eine solche — und den unvermeidlichen Schlafleuten auch Kinder in dem Haushalt.

Diese Zahlen zeigen nur die Überfüllung der allerkleinsten Wohnungen; eine Stufe höher hinauf, in den eigentlichen Arbeiterwohnungen von Zimmer und Küche, sieht es nicht viel anders aus.

Woher nun diese Überfüllung?

Die Frage beantwortet sich zunächst aus dem hohen Mietpreis. Wenn für die 230 206 Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer und Küche durchschnittlich 289 Mk. (85 pro Bewohner) an Jahresmiete zu zahlen sind, so ist dies eine für den Haushalt der minder bemittelten Klassen zu hohe Belastung. Der oft gehörte Einwand, daß die Miete im Verhältnis zu dem, was geboten wird, nicht hoch sei, da das Wasser unentgeltlich sei, desgleichen die Kanalisation, die Müllabfuhr, daß die Wohnungen auch äußerlich meist in einem wenigstens nicht auffälligen Zustande seien, mag im allgemeinen zutreffen; für das Arbeiterbudget aber ist die Summe von 289 Mk. viel zu hoch. Die Folge ist dann die Aufnahme von Schlafleuten.

An und für sich scheint es zwar nahe zu liegen, daß gerade die Zusammendrängung der Bevölkerung in Mietkasernen das Wohnen billiger gestalten müßte. In Wirklichkeit ist es anders. Rud. Eberstadt (1892) und zu Anfang der siebziger Jahre Bruch, ein städtischer Statistiker, haben überzeugend nachgewiesen, daß das Übereinanderschichten der Bevölkerung dem Boden künstlich einen Überwert beibringt. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch den Bebauungsplan, welcher große nur für Mietkasernen geeignete Baublocks vorsah, durch die anschließende Bauspekulation, durch eine kurzsichtige Eingemeindungs- und durch eine unzureichende Verkehrspolitik in früheren Jahrzehnten.

Zur Zeit sind die Berliner Häuser in der Hand von 23 000 Eigentümern. Sie ziehen den Nutzertrag der Grundstücke im Betrage von etwa 370 Millionen Mark jährlich ein, sodafs jeder einen Ertrag von 16 000 Mk. aus dem Berliner Grundbesitz hat. Diesem Werte aber steht eine kolossale Verschuldung gegenüber. Man kann denn Wert der bebauten Berliner Grundstücke auf über 7 Milliarden Mark einschl. über 4 Milliarden Neubauwert, den der Grundsulden auf etwa 5 Milliarden veranschlagen, wobei allerdings auch die unbebauten Grundstücke beteiligt sind. Demgemäfs verbleiben vom Ertrage des Grundstückes nach Abzug der Schuldenzinsen dem Eigentümer durchschnittlich nur ungefähr jährlich 5000 Mk. Genaue Rechnungen lassen sich leider nicht aufstellen, da sowohl die Wertberechnung grofsen statistischen Schwierigkeiten begegnet, wie andererseits die Schuldenberechnung dadurch unsicher ist, dafs im Grundbuch eingetragene Hypotheken häufig ungelöscht bleiben. Übrigens darf meines Erachtens aus der hohen Schuldenlast des Berliner Grundbesitzes nicht ohne Weiteres auf eine schlechte finanzielle Lage der Eigentümer geschlossen werden, da von diesen oft ohne finanzielle Notlage vorgezogen wird, das Grundeigentum zu belasten, lediglich um das empfangene Geld für andere Zwecke flüssig zu haben. Die Schuldenzinsen dienen dann in der Steuer-Deklaration zur Minderung des versteuerbaren Einkommens.

Ein näheres Eingehen auf diese Verhältnisse mufs ich mir hier versagen. Sie bedürfen eingehenderer Schilderungen, als sie im Rahmen dieses Vortrages möglich sind.

Inzwischen wird die Statistik des Bodenwerts und der Bodenverschuldung noch weiter auszubauen sein. Die Statistik der Neubauten ist in den letzten Jahren wesentlich verbessert worden.

Seit ein paar Jahren wird nämlich genau ermittelt, wie viel Neubauten alljährlich in Berlin hinzukommen, wie viel Abbrüche abgehen. So sind im Jahre 1902 606 Neubauten als gebrauchsfertig abgenommen worden mit einem Feuerkassenwert von 107 Millionen Mark. Darunter befinden sich 468 Häuser mit

10 840 Wohnungen und 22 122 Wohnzimmern (3330 Wohnungen mit 1 Zimmer, 4873 mit 2 Zimmern). 1065 Wohnungen mit 2738 Zimmern verschwanden durch Abbruch.

Halten wir demgegenüber, daß die Bevölkerung in diesem Jahre nur um 22 400 Seelen zunahm, und daß ihr nach Abrechnung der beseitigten Wohnungen fast 20 000 Zimmer neu zur Verfügung standen, so erscheint der Bedarf gedeckt. Im vergangenen Jahre 1903 ist die Bevölkerung um 40 000 Seelen gestiegen und die gegenwärtig erfolgende Erhebung der leerstehenden Wohnungen wird zeigen, ob und welcher Vorrat an Wohnungen noch vorhanden ist.

Allerdings muß man beachten, daß wenn auch äußerlich der Bedarf gedeckt erscheint, eine Wohnungsnot auch dadurch hervorgerufen werden kann, daß die jeweils nachgefragten Wohnungen der bestimmten Zimmerzahl oder Stadtgegend nicht in hinreichender Menge oder zu theuer vorhanden sind, und daß andererseits eine große Masse des Bevölkerungszuwachses überhaupt nicht auf Wohnungen, sondern auf Schlafstellen oder möblierte Zimmer reflektiert.

Sehr kompliziert wird die Wohnungsfrage dadurch, daß man Berlin mit den Vororten als Einheit betrachten muß. Es ist unzulässig von einer Wohnungsnot in einem Nachbarorte zu sprechen, wenn man nicht den anliegenden Ort mit berücksichtigt, ebenso unzulässig, als wenn man in Berlin von der Wohnungsnot in einem bestimmten Stadtbezirke sprechen wollte. Eine Merkwürdigkeit und nur erklärlich aus der Zusammenhanglosigkeit der Gemeinwesen, welche Groß-Berlin bilden, ist es, daß trotzdem einzelne dieser Verwaltungen in der Wohnungsfrage selbständig vorgehen. Freilich handelt es sich hier nur um verhältnismäßig geringfügige Maßnahmen. Würden wirklich in einer Gemeinde ideale Wohnungsverhältnisse geschaffen werden, so würde der Zuzug aus der Nachbarschaft alsbald den früheren Zustand wieder herbeiführen.

Zur Zeit liegt für die Mehrzahl der besser situirten Klassen das Wohnungsideal im Westen. Durch eine Statistik, welche ich

mit Anfang 1903 eingerichtet habe, läßt sich dies zeigen. Von Januar bis Oktober 1903 zogen 39 474 Steuerzahler nach Berlin, 37 098 zogen von Berlin fort. Aber der sich hieraus ergebende Gewinn von 2376 Steuerzahlern fiel nur auf die untersten besteuerten Einkommen von 900 bis 1650 Mk. Die übrigen zeigten einen Mehrabzug, meist nach dem Westen. Die Einkommen von 3000 Mk. aufwärts hatten einen Verlust von 1417 Censiten, davon 641 auf die Stufen von 6000 Mk. aufwärts und das nur in drei Vierteljahren.

## VII.

### Finanzen.

So ist denn — wie ich im Statistischen Jahrbuche genauer festgestellt habe — Berlin unter den 33 Gemeinden, welche mit ihm zusammenliegen, an der Steuerkraft der Bewohner erst an der 19. Stelle zu finden, mit 83 Promille der Einwohner, welche mehr als 3000 Mk. versteuern, obenan steht Grunewald mit 441 Promille, dann Wilmersdorf mit 228 u. s. f.

Allerdings hat Berlin die großen juristischen Personen, deren Steuerkraft sehr in's Gewicht fällt. Aber die Folgen des Zuges der Wohlhabenden nach dem Westen müssen doch allmählich fühlbar werden. Im einzelnen läßt sich dies rückwärts nicht verfolgen. Übrigens ist nicht zu vergessen, daß die angeführten Zahlen keineswegs ein Urteil über die Finanzkraft der betreffenden Gemeinden zulassen, schon deswegen nicht, weil die Einkommensteuer bekanntlich nur eine der kommunalen Finanzquellen ist.

Dabei ist es — und nicht nur vom statistischen Standpunkte aus — sehr zu bedauern, daß die Etats der Groß-Berlin bildenden Gemeinden wenig übersichtlich und wenig vergleichbar sind.

Vielleicht ist es zum Schlusse mit Rücksicht auf die schwebenden Finanzfragen von Interesse, wenigstens für Berlin über einige Daten aus der Finanzstatistik orientiert zu sein.

Die gesamte Belastung durch Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern belief sich für das Jahr 1902/3 auf 92 Mk. pro Kopf,

davon entfielen 33 Mk. auf die Reichsverbrauchsabgaben (Branntwein-, Brenn-, Salz-, Stempelsteuern), 24 Mk. auf die Staatssteuern, 35 Mk. auf die Gemeindesteuern. Die letzteren beliefen sich auf 67,1 Millionen Mark, wovon 29,2 auf die Gemeindeeinkommen-, 20,4 auf die Grundsteuer, 7,6 auf die Gewerbesteuer, 5,6 auf die Kanalisationsgebühr, 2,2 auf die Umsatzsteuer entfielen, so daß diese fünf Steuern allein 65 Millionen Mark aufbrachten. Nun bilden aber diese Steuern nicht alle städtische Einnahmen. Wir wissen, daß die sogenannten städtischen Werke (Markthallen, Schlachthof, Fleischbeschau, Gasanstalten, Wasserwerke, Kanalisation, Abladeplätze, Häfen) an den Einnahmen wie an den Ausgaben beteiligt sind. Die Kanalisationsabgabe ist bereits oben als Steuer genannt worden.

Leider mangelt dem städtischen Etat eine Übersicht, welche das ganze Finanzwesen als Einheit betrachtet. Ich habe derartige Tabellen herstellen lassen, wobei allerdings auf die Etatsentwürfe zurückgegangen werden mußte, weil die definitiven Ergebnisse der Finanzverwaltung nicht detailliert genug erstattet werden.

Da ergab sich denn zunächst, daß der Etat — wenn man die besondere Betrachtung der einzelnen Werk-Etats aufgibt — nicht weniger als 50 Millionen durchlaufende Posten enthält.

Statt einer Einnahme für 1901 von 102,6 Millionen des gewöhnlichen Etats, erscheinen mit den städtischen Werken 139,5 Millionen wirkliche Einnahmen. Von diesen entfallen 62,3 Millionen (45 Proz. auf Steuern), aber 38,8 Millionen auf Gebühren und Beiträge (28 Proz.), wobei die Gasanstalten mit 16,6 Millionen überwiegen und noch 7 Millionen aus den gewerblichen Nebeneträgen der Gasanstalten hinzutreten, so daß diese sowie die anderen städtischen Werke ein Drittel der gesamten Einnahmen bilden. Die Abgaben der Straßenbahnen, der Elektrizitätswerke und der englischen Gasanstalt lieferten  $4\frac{1}{2}$ , die landwirtschaftlichen Erträge fast 3 Millionen.

Was die Ausgaben betrifft, so beliefen sich diese auf 146 Millionen einschliesslich 24 Millionen extraordinäre). Den grössten Anteil daran hatten die Gasanstalten und das Beleuchtungswesen mit 25 Millionen. Die Hälfte dieser Summe etwa wurde durch den Kohlenankauf beansprucht. Im ganzen wurden 17,2 Proz. der ganzen Ausgabe für Gas- und Beleuchtung verwendet. Dann folgten mit etwa 16,6 Proz. die Ausgaben für die Schulen, mit 10,8 Proz. die der allgemeinen Verwaltung, mit 9,7 Proz. die Ausgaben für Strafsen- und Brückenbau, mit 8,9 Proz. die für das Armenwesen, mit 8,5 Proz. die für das Gesundheitswesen, so dass die genannten sechs Posten 72 Proz. der Ausgaben verschlingen. Darunter umfassen die Gasanstalten mit der öffentlichen Beleuchtung, das Schulwesen, die allgemeine Verwaltung, der Strafsen- und Brückenbau zwei Drittel aller städtischen Ausgaben. Die Kanalisation und die Rieselfelder sind mit 4,9, die Rückzahlungen der Anleihen mit 4,7 Proz. beteiligt, Viehmarkt, Schlachthof, Markthallen mit 2,8, die Strafsenreinigung und das Abladewesen mit 2,8, die Wasserversorgung mit 2,6, die Feuerwehr mit 1,4 Proz. Auf die übrigen Ausgaben entfallen dann nur noch 2,3 Proz.

Ich muß bemerken, dass auch diese Rechnung noch nicht allen Gesichtspunkten entspricht, von welchen aus man derartige Berechnungen vornehmen muß. So fehlt z. B. eine Anrechnung der Zinsen, welche städtische Grundstücke bringen würden, wenn sie nicht von der Verwaltung selbst benutzt würden. Es ist inkorrekt, wenn die Miete für ein nicht städtisches Grundstück in Ausgabe erscheint, der Mietwert für ein städtisches Grundstück aber nicht in Anrechnung gebracht wird. Ausserdem sollen nach einer in Zeitungen erwähnten Denkschrift des Stadtv. Jacobi die Tilgung der Anleiheschulden und die Abschreibungen bei den städtischen Werken noch einheitlicher Grundlagen entbehren.

Es wäre interessant mit anderen Städten zu vergleichen, aber leider habe ich entsprechende Berechnungen nur für Charlottenburg ausführen können.

Was die Einnahmen betrifft, so wurden in Charlottenburg 59 Proz. durch Steuern gedeckt gegen 45 Proz. in Berlin. Bei den Ausgaben zeigt sich, daß in Charlottenburg die Meistausgabe nicht wie in Berlin auf Gasanstalten und Beleuchtung, sondern auf das Unterrichtswesen entfiel mit 23,6 Proz. (gegen 16,8 Proz. in Berlin), dann folgt die Verwaltung mit 13,5 Proz. (gegen 10,8 Proz.), die öffentliche Gesundheitspflege (mit den Krankenhäusern) mit 11,2 Proz. (8,5 Proz.), weiter Straßensbau und Parks 10,5 Proz. (10,2 Proz.) usw. Das Armenwesen erforderte in Berlin 8,9 Proz., in Charlottenburg nur 3,4 Proz. der Ausgaben des Jahres 1901. Für Verzinsung und Amortisation von Anleihen wurden 13,6 Proz. der Ausgaben verwendet gegen 11,6 Proz. in Berlin. Ganz vergleichbar sind die beiden Etats indessen deswegen nicht, weil gewisse Gemeindeeinrichtungen in Charlottenburg nicht existieren, wie die Markthallen, der Schlachthof, andere Ausgaben, welche Charlottenburg aufweist, in Berlin fehlen, so das Elektrizitätswerk, ferner die Provinzialabgaben.

Eines indessen ist beiden Etats gemeinsam, bei den Einnahmen die breite Basis der Steuern, bei den Ausgaben die hohen Aufwendungen für das Bildungs- und für das Gesundheitswesen mit einem Viertel aller Ausgaben. Darin scheint mir eine Gewähr zu liegen, daß die Verwendungszwecke sich von dem Normalen nicht entfernen. Rechnen wir die Gesundheitspflege im weiteren Sinne, nämlich Straßensbau und Straßensreinigung, Feuerwehr, Wasserversorgung, Kanalisation, Markthallen und Schlachthäuser, Krankenhäuser, Desinfektion zusammen, so würde in Berlin etwas über ein Drittel, in Charlottenburg etwas weniger als ein Drittel dafür verwendet, sodafs mit dem Bildungswesen die Hälfte des Etats erschöpft ist.

Wenn aber Bildung und Gesundheit die vornehmlichste Pflege seitens eines Gemeinwesens erfahren, so wird es der allgemeinen Anerkennung sicher sein. Auch die großen Ausgaben für die Armenpflege gehören in gewissem Sinne zu den hygienischen

Mafsnahmen. Sie hängen von der Wohlhabenheit der Bevölkerung ab und sind deswegen verhältnismäfsig gröfser in Berlin als in Charlottenburg.

Erreicht können diese grofsen Aufgaben freilich nur werden durch einen nicht geringen Aufwand für Verwaltung und Schuldendienst, welcher ein Viertel bis ein Fünftel der Ausgaben konsumierte.

So stellten sich die Verhältnisse für das Jahr 1901. Ich mufs um Entschuldigung bitten, wenn ich eine etwas rückliegende Zeit betrachtet habe. Aber die Rechnungen für 1902 und 1903 liegen mir noch nicht vor, und es kam hier weniger auf die genauen Ziffern an, als darauf, ein ungefähres Bild aus der Berliner Finanzstatistik darzustellen.

Ueberhaupt möchte ich hier am Schlusse meines Vortrages bemerken, dafs ich Ihnen nur einige Seiten des grofsen sozialen Körpers von Berlin vor Augen führte.

Diese Bilder liefsen sich noch vermehren. Ich habe in das Zahlenmeer gegriffen, in der Hoffnung es interessant zu finden, wo ich es packte. Es sollte mich freuen, wenn es mir gelungen ist, überwiegend solche statistischen Bilder aufgenommen zu haben, welche nicht nur meine, sondern auch meiner Zuhörerschaft Aufmerksamkeit fesseln konnten.